

STELLENAUSSCHREIBUNG

(Az.:2300E-I.1-52/26)

Im Sächsischen Staatsministerium der Justiz ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt der Dienstposten

**einer Referentin/eines Referenten (m/w/d)
zur Wahrnehmung von Aufgaben bei der Vertretung
des Freistaates Sachsen beim Bund**

befristet für die Dauer der Legislaturperiode des 8. Sächsischen Landtages in Vollzeit zu besetzen. Eine Teilzeittätigkeit mit dem Mindestumfang von 32 Wochenstunden (0,80 AKA) ist möglich.

Die Stelle ist sachgrundbefristet gemäß § 14 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 TzBfG.

Innerhalb der Vertretung des Freistaates Sachsen beim Bund in Berlin werden die Geschäftsbereiche des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz (SMJus) betreffende Aufgaben durch das Referat BLN 2 – Koordinierung Bundespolitik, Bundesrat/Staatskanzlei und B-Ressorts – wahrgenommen. Die Tätigkeit erfolgt deshalb im Wege der Abordnung an die Sächsische Staatskanzlei, Vertretung des Freistaates Sachsen beim Bund.

Die Tätigkeit umfasst insbesondere folgende Aufgaben:

- Vertretung der Ressortbelange im Bereich Justiz,
- Teilnahme als Vertreter/in des Freistaates Sachsen an den Sitzungen der zuständigen Ausschüsse sowie die Vor- und Nachbereitung der Ausschusssitzungen in Abstimmung mit dem SMJus,
- Mitwirkung an der Bundesratskoordinierung,
- Politische Beobachtung im Bereich Justiz in den zuständigen Ausschüssen und Fraktionsgremien des Deutschen Bundestages,
- Pflege der Kontakte zu den für die o.g. Politikfelder zuständigen Bundesministerien sowie zu Verbänden, Nichtregierungsorganisationen, politischen Stiftungen und Think Tanks.

Voraussetzung für die Tätigkeit ist:

- überdurchschnittliche juristische Leistungsfähigkeit, die in beiden juristischen Prüfungen mit jeweils mindestens 7 Punkten zum Ausdruck gebracht wird,
- grundlegende Kenntnisse des Bundesratsverfahrens.

Folgende Kenntnisse und Erfahrungen sind von Vorteil:

- vertiefte praktische Erfahrungen in parlamentarischer Arbeit auf Bundes- oder Landesebene oder in einer koordinierenden Tätigkeit an der Schnittstelle von Politik und Verwaltung,

Soweit Sie die nebenstehenden Voraussetzungen erfüllen, bitten wir Sie bis zum 18. Februar 2026 um Zusendung Ihrer aussagefähigen und vollständigen Bewerbungsunterlagen unter Angabe des Aktenzeichens 2300E-I.1-52/26

an das

**Sächsische Staatsministerium
der Justiz**

- Referat I.1 -
Hospitalstraße 7
01097 Dresden

oder per E-Mail an:

poststelle@smj.justiz.sachsen.de

Als Ansprechpartnerin steht Ihnen
Frau Elisabeth Alt
Tel.: 0351/564-16119
zur Verfügung.

- mehrjährige Berufserfahrung im Kontext politischer Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse,
- die Fähigkeit zu eigenständigem, analytischem und konzeptionellem Denken,
- verhandlungssichere Englischkenntnisse; weitere Fremdsprachenkenntnisse sind wünschenswert.

Erwartet werden darüber hinaus eine ausgeprägte Teamfähigkeit, hohe Einsatzbereitschaft und Belastbarkeit, ein Gespür für politisch relevante Themen und Entwicklungen, Freude an kommunikativer Tätigkeit und die sehr gute Fähigkeit zur mündlichen und schriftlichen Darstellung komplexer Sachverhalte.

Wir bieten:

- ein verantwortungsvolles Tätigkeitsfeld,
- Jahressonderzahlung, vermögenswirksame Leistungen,
- ein breites Fortbildungs- und Schulungsangebot,
- günstig mobil im ÖPNV mit unserem ermäßigten Jobticket,
- 30 Tage Urlaubsanspruch,
- betriebliche Altersversorgung bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL).

Der Dienort ist Berlin. Die Tätigkeit ist mit regelmäßigen Dienstreisen verbunden. Die Stelle ist der zweiten Einstiegsebene der Laufbahngruppe 2 zugeordnet. Für Tarifbeschäftigte kommt bei Erfüllung der persönlichen Voraussetzungen eine Eingruppierung bis Entgeltgruppe 14 TV-L in Betracht; Arbeitsverhältnis und Vergütung richten sich nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder.

Bei gleicher Qualifikation werden Bewerbungen Schwerbehinderter bevorzugt berücksichtigt. Sie werden daher ausdrücklich aufgefordert, sich zu bewerben. Der Bewerbung ist ein Nachweis der Schwerbehinderung oder Gleichstellung beizufügen.

Die sächsische Staatsverwaltung setzt auf ein Arbeitsumfeld, an dem jeder Mensch gleichberechtigt und selbstbestimmt teilhaben kann und wir freuen uns daher über Bewerbungen von Menschen ungeachtet der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, des Alters, der Religion oder der Identität.

Bitte haben Sie Verständnis, dass in der Regel nur vollständige Bewerbungsunterlagen mit Nachweisen zu den geforderten Bildungsabschlüssen berücksichtigt werden können. Von der unaufgeforderten Zusendung von Eingangsbestätigungen und Zwischennachrichten wird abgesehen.

Interessentinnen und Interessenten, die bereits in einem Beschäftigungsverhältnis zum Freistaat Sachsen stehen, sollen ihre Bewerbung nach Möglichkeit über die personalverwaltende Dienststelle auf dem Dienstweg einreichen. Bewerberinnen und Bewerber werden gebeten, bereits in der Bewerbung ihre Zustimmung zur Einsichtnahme in ihre Personalakten zu erklären.

Mit der Besetzung des vorgenannten Dienstpostens ist keine unmittelbare Beförderung verbunden. Für Bedienstete des Freistaates Sachsen ist die Tätigkeit im Wege einer Abordnung möglich. Tarifbeschäftigte erhalten für die Dauer einer Abordnung gegebenenfalls eine Zulage nach § 14 TV-L.

Datenschutzrechtliche Informationen nach Art. 13 und 14 der EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO) sind auf der Internetseite des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz (<https://www.justiz.sachsen.de/content/datenschutz.htm>) einsehbar.